

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Der Bundesparteitag Ende letzter Woche war einer, wie ich ihn mir öfter wünsche: Klar würde man sich lieber mit Erfolgen als mit Niederlagen auseinandersetzen – aber die ehrliche, offene, diskursive wie konstruktive Diskussion, die dort um die aktuelle Lage und die Zukunft der SPD geführt wurde, stimmt mich positiv, dass der Erneuerungsprozess, der jetzt in Gang gesetzt wurde, auch genau so weitergeführt wird. Mit vielen Genossinnen und Genossen, die von Donnerstag bis Samstag letzter Woche das Wort ergriffen haben, stimme ich vor allem in einem Punkt völlig überein: Wir müssen uns als Partei nicht nur organisatorisch, sondern auch politikinhaltlich erneuern. Nicht alles, was wir als SPD in der jüngsten Vergangenheit – auch in den letzten vier Jahren – an Politik umgesetzt haben, war schlecht. Allein die Einführung eines Mindestlohns ist eine wirkliche Errungenschaft in der Geschichte der Bundesrepublik. Aber ebenso waren und sind wir auf vielen – zu vielen – Politikfeldern nicht klar genug. Wir mussten nicht nur in der Großen Koalition Kompromisse mit den Unionsparteien eingehen. Zum Teil haben wir uns auch parteiintern auf Formelkompromisse geeinigt, anstatt politikinhaltliche Fragen eindeutig zu klären. Mein Wunsch und meine Hoffnung ist, dass wir die nun angestoßenen Debatten auch konsequent zu Ende führen. Und dabei geht es nicht nur um die Bewältigung der Vergangenheit: Wenn wir 2021 (und nicht schon vorher, was ja durchaus möglich ist) einen neuen Bundestag wählen, dann sind die gerade 18-jährigen Erstwählerinnen und Erstwähler im Jahr 2003 – also zusammen mit der Agenda 2010 – geboren worden. Natürlich müssen wir hier Korrekturen vornehmen, wo wir als SPD selbst Fehler gemacht haben oder wo es Fehlentwicklungen aufgrund unserer Politik gegeben hat.



Das erwartet man auch zurecht von uns. Und der Bedarf dafür ist für mich nicht nur als Sozialpolitikerin offenkundig – er wird auch in einer Vielzahl meiner Bürgersprechstunden als Abgeordnete deutlich, in denen ich oft versuche Menschen zu helfen, die von diesen Fehlentwicklungen betroffen sind. Hier weiter Korrekturen vorzunehmen ist unsere Pflicht. Aber dabei kann es nicht bleiben. Denn zur Ehrlichkeit gehört auch: Die 18-jährigen Erstwähler im Jahr 2021 werden die SPD nicht dafür wählen, dass sie ihre eigene Vergangenheit erfolgreich bewältigt hat, die niemand von ihnen miterlebt hat. Wir müssen also auch und vor allem über die Zukunft reden: Mit welchen zukunftsgewandten Themen und mit welchen sozialdemokratischen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit schaffen wir es, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen? Wie schaffen wir es, dass die SPD als die Partei der Chancen, des Aufstiegs und der Selbstbestimmung wahrgenommen wird, die die Voraussetzungen dafür schafft, dass alle ihr Leben in die eigenen Hände nehmen können, die die Barrieren niederreißt, die sozialen Aufstieg für diejenigen blockieren, die ihn ohne das Zutun gut situierter Eltern schaffen wollen oder müssen? Wie wird die SPD also zur „pushenden“ Hand – auch für alle, die eine zweite Chance in ihrem Leben brauchen? Und ja: Wie gewinnen wir Vertrauen zurück als die „stützende“ Hand für diejenigen, die nach vielen Rückschlägen nicht mehr zum dritten oder vierten Versuch ansetzen können? Zu all' diesen Fragen müssen wir kontrovers diskutieren und wirklich klare Antworten entwickeln – unabhängig davon, wie nun die Regierungsbildung in Berlin verläuft. Und ich bin froh, dass Malu Dreyer als neue stellvertretende Parteivorsitzende dazu ihre Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz nun im Bund einbringen wird.

Was den Weg betrifft, der nun vor uns liegt, so ist die Beschlusslage des Parteitags bereits völlig klar: Die SPD wird der Bitte des Bundespräsidenten nachkommen und ergebnisoffene Gespräche mit der Union führen. Ich begrüße, dass es nun danach zunächst einen Sonderparteitag geben wird, der die Ergebnisse der Gespräche bewertet und darüber entscheidet, ob und zu welcher Zusammenarbeit es mit der Union kommt. Das letzte Wort haben dann bei uns die Mitglieder – und das ist auch gut so. Ehrlicherweise: Ich bin nicht zufrieden mit der Situation, in die die „schwarze Ampel“ uns gebracht hat. Aber ich bin zufrieden damit, dass wir weiter ergebnisoffen damit umgehen.

Ihr merkt: Es wird nicht langweilig. Eine gute Woche euch!

Eure Sabine



MALU DREYER ZUR SPD-BUNDESVIZIN GEWÄHLT

Rheinland-Pfälzerin möchte Erneuerung der SPD mitgestalten

Malu Dreyer ist beim Bundesparteitag der SPD in Berlin als stellvertretende Parteivorsitzende gewählt worden. Mit einer Zustimmung von rund 97,5 Prozent bescherten ihr die Delegierten ein herausragendes Ergebnis – und damit das beste Ergebnis aller stellvertretenden Parteivorsitzenden.

Roger Lewentz, SPD-Landesvorsitzender, gratuliert Malu Dreyer zur Wahl: „Herzlichen Glückwunsch an Malu Dreyer, die fortan als stellvertretende Parteivorsitzende unsere Bundespartei mitgestalten wird. Malu Dreyer hat 2016 nach einer fulminanten Aufholjagd die Landtagswahl in Rhein-



SPD

MALU DREYER
STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE

land-Pfalz deutlich gewonnen und regiert unser Land weitsichtig und geradlinig. Sie packt wichtige Zukunftsthemen wie die Digitalisierung entschlossen an und sorgt mit ihrem offenen Politikstil für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir sind in Rheinland-Pfalz eine gut aufgestellte Partei. Unsere Erfahrungen bringen wir deshalb gerne auf Bundesebene ein. Malu Dreyer wird der Bundespartei guttun!“

SPD-Generalsekretär Daniel Stich schließt sich diesen Glückwünschen an: „Ich gratuliere Malu Dreyer herzlich zur

Wahl als stellvertretende Parteivorsitzende. Sie ist genau die richtige für diesen Job. Die SPD befindet sich in einem Erneuerungsprozess und wir in Rheinland-Pfalz haben den Anspruch, diesen Umbruch aktiv mitzugestalten. Malu Dreyer wird unser Konzept der ‚Vernetzten Partei‘ – sowohl digital als auch analog – in Berlin hervorragend repräsentieren und viele wertvolle Akzente auf Bundesebene setzen.“ Ebenfalls in den Bundesvorstand gewählt wurden wieder einmal Doris Ahnen, sowie zum ersten Mal Alexander Schweitzer und Katarina Barley.



SPENDENAFFÄRE HAT DIE CDU FEST IM GRIFF

Wurden Praktiken der Vergangenheit bis heute fortgesetzt?

Die Spendenaffäre um den Ex-Geheimagenten Werner Mauss hat die CDU Rheinland-Pfalz weiterhin fest im Griff. Für Daniel Stich, Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz werfen die aktuellen Vorgänge alte Fragen auf: „Wer die Entwicklungen der letzten Tage zum Anlass nimmt, noch einmal alte Artikel zum Finanzgebaren der CDU zu studieren, wird einen Verdacht nicht los: Steckt die CDU Rheinland-Pfalz gar nicht in einem erneuten Spendenskandal, sondern wurden die üblen Praktiken der Vergangenheit einfach bis heute fortgesetzt?“

Stich zufolge findet sich hierfür eine Reihe von Anhaltspunkten in der Berichterstattung der 80er- und 90er-Jahre: „Es ist schon bemerkenswert, dass der Ex-Agent Werner Mauss, der den CDU-Landesverband mit seinen illegalen Spenden in die aktuell so missliche Lage gebracht hat, zu den Kunden des Liechtensteiner Steuervermeidungsexperten Herbert Batliner gehörte. Jener Herbert Batliner, zu dessen guten Bekannten auch Helmut Kohl zählte und der im Übrigen auch das Vermögen von Friedrich Karl Flick, dem Hauptakteur der Flick-Affäre, verwaltete“ Das alles sei bereits in den Jahren 1997 und 1998 durch das Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL berichtet worden – ebenso wie die Tatsache, dass Werner Mauss der Inhaber der Briefkastenfirma Nolilane ist. Letztere war der Name, von dem zuletzt die fraglichen Überweisungen an die CDU Rheinland-Pfalz gingen.



Daniel Stich, SPD-Generalsekretär in Rheinland-Pfalz

Daniel Stich zieht daraus die folgenden Schlüsse: „Will die CDU Rheinland-Pfalz uns wirklich weismachen, von alledem nichts gewusst und bei den Spenden von Mauss keinerlei Verdacht geschöpft zu haben? Das halte ich für völlig unglaubwürdig – schließlich sind all diese Infos öffentlich zugänglich. Ich finde: Das ganze erweckt stark den Anschein einer über Jahrzehnte gewachsenen Routine, die Frau Klöckner endlich aufklären und beenden muss. Illegale Gelder haben bei der CDU offenbar System. Kann Frau Klöckner gewährleisten, dass diesem System nun endlich ein Ende gesetzt wurde?“



FINANZAUSGLEICHSMASSE FÜR KOMMUNEN STEIGT BIS 2019 UM 400 MILLIONEN EURO

Landesregierung verbessert Finanzausstattung der Kommunen

Mit einer Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) wird die Landesregierung die finanzielle Ausstattung der Kommunen in den kommenden Jahren weiter verbessern. Der KFA ist seit dem Amtsantritt von Ministerpräsidentin Malu Dreyer bis 2018 um über 900 Millionen Euro gewachsen und werde bis 2021 um weitere 400 Millionen Euro auf über 3,3 Milliarden Euro wachsen. „Wir entwickeln im kommenden Jahr den Finanzausgleich weiter fort und setzen einen Schwerpunkt bei den Städten und Landkreisen mit besonders hohen Ausgaben bei der Sozial- und Jugendhilfe über eine neue Schlüsselzuweisung C3. Zusätzlich verbessern wir nachhaltig die Situation finanzschwacher Gemeinden“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer: „Mir liegen gleichwertige Lebensverhältnisse im Land und ein Hand in Hand mit den Kommunen besonders am Herzen. Im Rahmen des aktuellen Gesetzentwurfs eines Änderungsgesetzes zum Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) hat der Ministerrat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, den Betrag von 60 Millionen Euro für die neue Schlüsselzuweisung C3 ab dem kommenden Doppelhaushalt zusätzlich bereitzustellen.“

„Die Landesregierung hat große Anstrengungen unternommen, um die finanzielle Situation der Kommunen erheblich zu verbessern. Sie konnten 2015 erstmals seit 25 Jahren einen positiven Finanzierungssaldo aufweisen. Auch im vergangenen Jahr war der kommunale Finanzierungssaldo nahezu ausgeglichen“, erklärt die Ministerpräsidentin. Möglich gewesen sei dies unter anderem auch durch Maßnahmen des Landes wie der Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Sie wies darauf hin, dass etwa ein Drittel des gesamten Landeshaushalts an die Kommunen gehe.

Im nächsten Jahr erhöhen sich die allgemeinen Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich um rund 133 Millionen Euro. Hinzu kommen weitere 42,5 Millionen Euro zusätzliche Zuweisungen des Landes im Finanzausgleich außerhalb der Schlüsselzuweisungen. „Der Gesetzentwurf trägt den Vorgaben des Verfassungsgerichts Rechnung, löst das in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Ziel einer Entlastung von Kommunen mit besonders hohen Sozialausgaben ein und berücksichtigt die Ergebnisse aus der Überprüfung der Auswirkungen bei der Reform des Finanzausgleichsgesetzes im Jahr 2014“, erläuterte Innenminister Roger Lewentz.



Bei der Verteilung des Aufwuchses der Schlüsselzuweisungen in Höhe von 133 Millionen Euro hat sich die Landesregierung auch am kommunalen Finanzierungssaldo orientiert. Daher profitieren die kreisfreien Städte mit ihren überdurchschnittlichen Belastungen in den Sozialetat überproportional. Die Unterstützung der kreisfreien Städte soll durch Maßnahmen der Kommunalaufsicht flankiert werden. So soll zukünftig stärker darauf geachtet werden, dass – wie auch vom Verfassungsgerichtshof und vom Rechnungshof gefordert – Einnahmequellen durch eine Erhöhung der Hebesätze stärker ausgeschöpft werden.

„Für die Gruppe der Landkreise hat sich gezeigt, dass sowohl die Zuweisungen des Landes – nicht zuletzt dank des Stabilisierungsfonds – von Jahr zu Jahr stetig zugenommen haben und sich der Finanzierungssaldo der Landkreise verbessert hat, zuletzt im Jahr 2016 auf einen Überschuss in Höhe von 49 Millionen Euro“, erläuterte Lewentz. Nach den Haushaltsentwürfen planen zwölf Landkreise 2018 mit einem Überschuss und ein Landkreis mit einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt.

Zur Entlastung bei Sozialhilfeausgaben ist im Landesfinanzausgleichsgesetz eine Schlüsselzuweisung C3 mit einem Volumen von 60 Millionen Euro vorgesehen. Zudem werden bei der Reform des Finanzausgleichs ab 2018 auch steuerkraftschwache Ortsgemeinden von höheren Landeszuweisungen profitieren. Vorgesehen sind hier gut 15 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Hinzu kommen rund 10 Millionen Euro für Ortsgemeinden, die Grundzentrum oder Stationierungsstandort sind. Die Landkreise erhalten im Hinblick auf ihre Sozialausgaben knapp 20 Millionen Euro und darüber hinaus rund 8 Millionen Euro höheren Schlüsselzuweisungen. Auch die Verbandsgemeinden können mit fast 9 Millionen Euro mehr Zuweisungen rechnen, die verbandsfreien Gemeinden mit 4 Millionen Euro.

„Mit der zusätzlichen Erhöhung der Verstetigungssumme um 60 Millionen Euro entlastet das Land zielgerichtet die Kommunen, die besonders stark durch hohe Sozialausgaben belastet sind. Insgesamt hat sich die finanzielle Situation der Kommunen im Land in den letzten Jahren positiv entwickelt, auch mit der starken Unterstützung durch das Land“, erklärte Finanzministerin Doris Ahnen. Der KFA sei von 2013 bis 2018 um über 900 Millionen Euro gewachsen und werde bis 2021 um weitere 400 Millionen Euro wachsen. Die Steuereinnahmen der Kommunen werden bis 2020 ausgehend vom Jahr 2016 voraussichtlich um insgesamt 1,0 Milliarde Euro oder 24 Prozent steigen. Daneben profitieren die rheinland-pfälzischen Kommunen von weiteren Entlastungen im Rahmen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. So fallen ab dem Jahr 2020 vor allem die Erhöhungen der Gewerbesteuerumlage ersatzlos weg. Dadurch stehen den Kommunen jährlich netto rund 150 Millionen Euro an Mehreinnahmen zur Verfügung.



Zusätzlich kündigte die Finanzministerin ein Aktionsprogramm „Kommunale Liquiditätskredite“ an. Trotz der guten finanziellen Gesamtenwicklung ist der Bestand an Liquiditätskrediten in einigen Kommunen weiterhin sehr hoch. „Steigende Zinsen stellen für diese Kommunen ein Risiko dar. Deshalb regen wir als Lösung einen ‚Zinssicherungsschirm‘ an, um das Zinsrisiko zu verringern und das aktuelle Zinsniveau zu nutzen“, erklärte Ahnen. Kommunen, die ihr Zinsänderungsrisiko durch langfristige Zinsbindungen reduzieren, sollen mit einem Zinszuschuss durch das Land unterstützt werden. Zudem sollen mit einem Bonus finanzielle Anreize zum Abbau von Liquiditätskrediten gesetzt werden. „Diese Eckpunkte werden wir in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden zeitnah erörtern“, sagte Ministerin Ahnen abschließend.

LANDESPRODUKT ZUR NACHWUCHSSICHERUNG IN DEN PFLEGEBERUFEN WAR EIN VOLLER ERFOLG

Wahlpflichtkurs „Pflege und Gesundheit“ an vielen Schulen etabliert

„Das Projekt ‚Nachwuchssicherung in den Pflegeberufen‘ stellt für alle Beteiligten eine Win-Win Situation dar. Schülerinnen und Schüler erhalten einen praxisnahen und authentischen Einblick in die Pflege. Dadurch werden mögliche Überraschungen in der späteren Praxis vermieden und die Ausbildungsabbruchszahlen werden verringert. Die Auszubildenden der Pflegeschulen erwerben wichtige didaktische Kompetenzen in ihrer Rolle als Dozentin und Dozent in den berufsvorbereitenden Kursen. Und letztendlich haben die teilnehmenden Unternehmen die Chance, frühzeitig Kontakte zu potenziellen künftigen Auszubildenden zu knüpfen“, resümierte David Langner, Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz heute auf der Abschlussveranstaltung des Landesprojekts in Mainz.

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie hatte das Projekt Ende 2016 als Teil der „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative, Berufsfeld Pflege“ ins Leben gerufen. „Um weiterhin eine hochwertige pflegerische und gesundheitliche Versorgung der Menschen in Rheinland-Pfalz sicherzustellen, muss der Fokus der Fachkräftesicherung in der Pflege neben der Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen verstärkt auf das Thema Nachwuchssicherung gelegt werden. Hier setzte unser Projekt an“, so Langner.



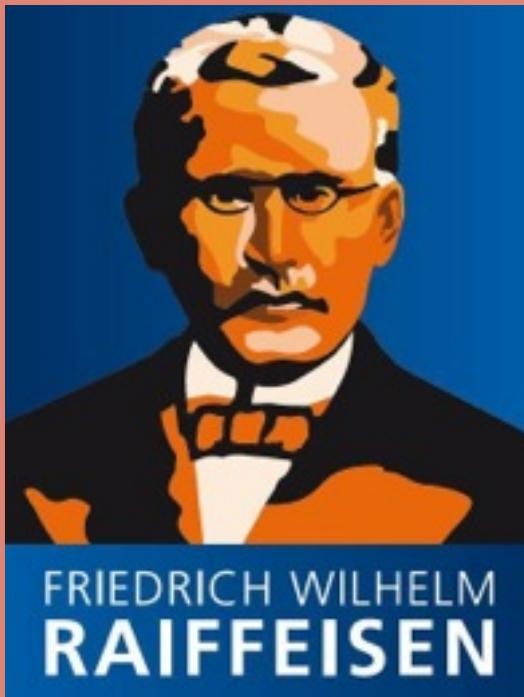
Ziel dieses Projekts war es, Schülerinnen und Schüler von allgemeinbildenden Schulen für den Pflegeberuf zu interessieren. Dafür wurden gemeinsam mit Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Pflege sowie Pflegeschulen 20 Netzwerke initiiert, um Wahlpflichtkurse „Pflege und Gesundheit“ an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz zu etablieren. Im Sinne eines „Peer-to-Peer Learnings“ schlüpften dabei Auszubildende der Pflegeschulen in die Rolle der Dozentinnen und Dozenten und vermittelten einen authentischen Einblick in die Pflegeberufe.

Bei der Abschlussveranstaltung diskutierte der Staatssekretär mit den rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Frage: Wie können wir die Pflegeausbildung für den Nachwuchs attraktiver gestalten? An der Diskussion beteiligten sich neben den Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden dabei auch Vertreterinnen und Vertreter der Pflegegesellschaft, der Pflegekammer, von Ver.di und der Landesarbeitsgemeinschaft der Lehrerinnen und Lehrer für Pflegeberufe. Die Jugendlichen stellten insbesondere heraus, dass die Öffentlichkeitsarbeit für den Pflegeberuf auch zielgruppengerecht gestaltet werden sollte. Die Pflegegesellschaft als Vertretung der Arbeitgeber in der Pflege und das Ministerium verabredeten, eine gemeinsame Ausbildungskampagne auf den Weg zu bringen, um die Zahl der Auszubildenden zu steigern.

Aufgrund des Erfolgs wird das Projekt fortgesetzt, weitere allgemeinbildende Schulen und Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Pflege sind bereits an der Bildung von Netzwerken interessiert. Das Folgeprojekt „Nachwuchssicherung in den Pflegeberufen II“ startet Mitte Dezember dieses Jahres und hat zum Ziel weitere 15 Netzwerke zu bilden.

ARBEITS- UND SOZIALMINISTERKONFERENZ EHRTE RAIFFEISEN

„Die Genossenschaftsidee ist in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung genauso aktuell wie vor 150 Jahren“, sagte Arbeits- und Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler zum Abschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Potsdam. In einem Beschluss, der auf Antrag von Rheinland-Pfalz behandelt wurde, würdigten die Ministerinnen und Minister und die Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder das Wirken von Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Gemeinsam mit Hermann Schulze-Delitzsch gehört er zu den Vätern der Genossenschaftsidee. Die „ASMK“ wird einen Bericht zur aktuellen Entwicklung des Genossenschaftswesens vorzulegen und sich darin auch auf die Chancen und Risiken der Digitalisierung in Bezug auf Genossenschaften zu beziehen.



„Gerade bei der zunehmenden Digitalisierung, der technischen Entwicklung und der wachsenden Automatisierung werden die Risiken des Einzelnen zunehmend unüberschaubar. Die Idee der Genossenschaft setzt auf Kooperation, Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein. Sie stellt die Einzelinteressen in Abhängigkeit zu den Gemeinschaftsinteressen. Vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung haben Gemeinnutz und Zusammenhalt einen hohen Stellenwert verdient“, begründete die Ministerin den Antrag.

Die Genossenschaftsidee ist heutzutage weltweit in nahezu allen Branchen vertreten. Genossenschaftsbanken, soziale Genossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, Dienstleistungs- und Konsumgenossenschaften sind nur einige Beispiele für die Vielfältigkeit. „Besonders im sozialen, pflegerischen und gesundheitlichen Bereich bieten Genossenschaften ein großes Potenzial für die Zukunft“, so Bätzing-Lichtenthäler. Es würde vermehrt über genossenschaftliche Kooperationen im Gesundheitsbereich, zum Beispiel Assistenzgenossenschaften, Hospizgenossenschaften oder auch genossenschaftlich organisierte Krankenversicherungen, diskutiert. „Für die Patientinnen und Patienten bedeutet dies eine Stärkung der Rechte und der eigenen Autonomie“, betonte die Ministerin.

Ähnliches lässt sich auch für den Pflegebereich feststellen. Durch den genossenschaftlichen Ansatz, der auf Selbsthilfe und Selbstverantwortung baut, wird die Autonomie der Menschen gewährleistet. Beispiele hierfür sind die vielfältigen Genossenschaften im Bereich des altengerechten Wohnens oder die Seniorengemeinschaften, die ihren Mitgliedern ein bedürfnisgerechtes Leistungsspektrum bieten, um einen krankheitsbedingten Umzug in eine Pflegeeinrichtung abzuwenden.

„ENTTÄUSCHUNG IST FÜR MICH NACHVOLLZIEHBAR“

Erklärung von Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL zur bevorstehenden Schließung der Grundschule in Herkersdorf/Offhausen

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium hat in der vergangenen Woche den Bildungsausschuss des Landtages über die Schließung von Grundschulen in Rheinland-Pfalz informiert. Bei insgesamt neun Grundschulen liegen demnach keine Ausnahmegründe für ein Fortbestehen vor. Als nächstes erfolgen Gespräche zwischen der zuständigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion mit dem jeweiligen Schulträger – so wie es das notwendige Verfahren vorsieht. Im Wahlkreis 01 (Betzdorf/Kirchen) ist die Grundschule Kirchen mit dem Sprengel Herkersdorf/Offhausen betroffen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler erklärt als SPD-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 01 dazu: „In den vergangenen Wochen und Monaten haben – allen voran die Eltern – vehement für den Standort gekämpft und durch viel Eigeninitiative Schwung in die Debatte gebracht. Die Eltern haben aber auch viel Eigeninitiative gezeigt, um die Schule zu verschönern und so bspw. selbst Räume gestrichen und vieles weitere mehr. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler – so ehrlich muss man sein – ist eher knapp. Die Akzeptanz der Schule in den beiden Ortsteilen von Kirchen ist offenbar nicht so hoch, wie es für einen stabilen Standort sein müsste. In den vergangenen Jahren waren deutlich weniger Kinder im Sprengel Herkersdorf/Offhausen angemeldet worden als im Schulbezirk wohnen. Dies hatten das Bildungsministerium sowie die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion bei der Prüfung als Grundlage für die jetzt veröffentlichten Ergebnisse mitgeteilt. Auf für das kommende Schuljahr werden weniger Schülerinnen und Schüler prognostiziert. Neben der Akzeptanz der Schule vor Ort spielten bei der Prüfung auch die Entwicklung der Schülerzahlen in Zukunft sowie die Erreichbarkeit einer anderen Grundschule eine Rolle. Wichtig wäre von Anfang an gewesen, wenn die Kommunalpolitik vor Ort geschlossen gehandelt hätte. Vielfach hat man in den Tageszeitungen lesen können, dass Rat, Ausschuss und Bürgermeister völlig konträre Positionen einnehmen. Auch solche Dinge werden in Mainz wahrgenommen. Geschlossenheit von Anfang an hätte den Prozess möglicherweise anders ausgehen lassen. Die Entscheidung wiegt schwer und ich kann nachvollziehen, dass einige Eltern darüber enttäuscht sind. Ich werde jetzt unmittelbar nach dem Jahreswechsel das Gespräch mit der Elterninitiative sowie der Schulleitung und den politischen Vertretern vor Ort suchen. Dabei gilt es jetzt vor allem darum, den Blick nach vorne zu richten und für den etwaigen zentralen Grundschulstandort das Bestmögliche im Sinne der Schülerinnen und Schüler zu erreichen.“

